

Niederschrift

über die 6. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 07.07.2022

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1,
26419 Schortens

Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 22:05 Uhr

Anwesend sind:

Bürgermeister
Gerhard Böhling

Ratsvorsitzender
Tobias Masemann

Ratsmitglieder
Heide Bastrop
Christian Berner
Andreas Bruns
Uwe Burgenger
Manfred Buß
Werner Conrad
Medeni Coskun
Ingbert Grimpe
Dennis Gunkel
Perdita Gunkel
Martin von Heynitz
Ralf Hillen
Axel Homfeldt
Janto Just
Kirsten Kaderhandt
Detlef Kasig
Torsten Kirchhoff
Marc Lütjens
Hans Müller
Egon Onken
Wolfgang Ottens
Heino Putzehl
Pascal Reents
Manuela Röttger
Manuel Schoon
Stephan Schulze
Maximilian Striegl
Melanie Sudholz
Ralf Thiesing
Carsten Thomsen
RM Jörg Wächter
RM Sandra Wessel

Es fehlt entschuldigt:
RM Udo Borkenstein

Von der Verwaltung nehmen teil:

StD Anja Müller
StOAR Elke Idel
StOAR Thomas Berghof
FBL Andreas Büttler
VA Ingrid Duden bis 21:55 Uhr
VA Ingrid Eggers

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

RV Masemann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Vor Einstieg in die weitere Tagesordnung würdigen RV Masemann und BM Böhling die Ratsarbeit der verstorbenen Ratsfrau und ehemaligen stellvertretenden Bürgermeisterin Anne Bödecker.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

RV Masemann stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

RV Masemann stellt die Tagesordnung fest.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 16.06.2022 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Bericht des Bürgermeisters

- 5.1. Wald- und Wasserzentrum des OOWV im Klosterpark
In der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 28.06.2022 haben Vertreter*innen des OOWV gemeinsam mit dem von ihnen beauftragten Planungsbüro Thater die aktualisierte Planung für das Wald- und Wasserzentrum in räumlicher Nähe zum Regionalen Umweltzentrum im Klosterpark vorgestellt. Diese Planung wurde zuvor intensiv mit der Verwaltung abgestimmt und beinhaltet nunmehr einen eigenständigen Sanitärbereich, eine bedarfsgerechte Vergrößerung der Parkplatzflächen sowie den Erhalt der schönen alten Bäume in diesem Bereich.

Der OOWV hat sich bereit erklärt, die Investitionskosten und auch die Folgekosten zu übernehmen. Die Planung als solche wird auch der Öffentlichkeit demnächst vorgestellt werden. Nächste Schritte sind die Erstellung eines Bebauungsplanes und die Vorbereitungen für den Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages zwischen der Stadt Schortens und dem OOWV.

5.2. Flüchtlingssituation Ukraine

Aktuell sind in der Stadt Schortens 115 Geflüchtete aus der Ukraine untergebracht. Die Unterbringungssituation gestaltet sich äußerst schwierig, da kaum noch Wohnraum auf dem freien Wohnungsmarkt angeboten wird. Bereits jetzt werden in der Stadt Schortens Gemeinschaftsunterkünfte für einen größeren Personenkreis (10 - 15 Personen) genutzt. Sammelunterkünfte sollen zuständigkeitshalber vom Landkreis Friesland betrieben werden. So wurde das ehemalige Impfzentrum in Roffhausen für die Unterbringung von Geflüchteten in der vergangenen Woche durch den Landkreis Friesland hergerichtet und betrieben. Aus dieser Sammelunterkunft soll dann eine Weiterverteilung auf alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden ähnlich wie aus der Pufferunterkunft in Zetel (Waldhaus) erfolgen. Neben der Unterbringung der Geflüchteten ist die Betreuung nicht nur durch die Sozialarbeiter der Stadt Schortens, sondern insbesondere durch die Initiative „Jeverland hilft“ um Frau Olga Fischer bisher gut aufgestellt. Mit der Zunahme an Geflüchteten wird in den nächsten Wochen zusätzliche Unterstützung notwendig sein. Um die verschiedenen Akteure miteinander zu vernetzen, wurde auf Initiative der Stadt Schortens ein regelmäßiges Netzwerktreffen eingerichtet.

5.3. Abschluss der Spendenaktion für die polnische Partnerstadt Pieszyce für die Ukraine-Hilfe

Für die Unterstützung von ukrainischen Flüchtlingen in unserer polnischen Partnerstadt Pieszyce wurden insgesamt 28.237,75 € gespendet. Hiervon hat der Förderverein Deutsches Marinemuseum 4.150,00 € eingeworben. Die Stadt selber hat Mittel in Höhe von 14.000,00 € zur Verfügung gestellt, so dass insgesamt 42.237,75 € an unsere Partnerstadt weitergeleitet werden konnten, um direkt vor Ort helfen zu können. BM Böhling bedankt sich herzlich bei allen Spendern und Unterstützern der Aktion für die großzügige Hilfe.

5.4. Staatlich anerkannter Erholungsort

Die Stadt Schortens darf sich auch weiterhin staatlich anerkannter Erholungsort nennen. Das hat das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung der Stadt Schortens für ihre Stadtteile Schortens, Heidmühle, Oestringfelde und Teile von Grafenschaft und Ostiem am 27. Juni 2022 mitgeteilt.

Das Prädikat „Staatlich anerkannter Erholungsort“ ist nicht nur für den Tourismus und für die touristische Weiterentwicklung relevant, sondern kann auch als eine Prämierung für die Stadt Schortens als Wohn- und Lebensort gesehen werden.

Ferner ermöglicht das Prädikat „Erholungsort“ auch Sonderregelungen im Bereich Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten im Anerkennungsgebiet. Beispielsweise dürfen in Kur- und Erholungsorten bestimmte Einzelhandelsunternehmen öffnen, d. h. das Prädikat schafft und hält Arbeitsplätze in der Stadt. Hier kann durchaus von aktiver Wirtschaftsförderung der Stadt gesprochen werden.

Mit dem Prädikat verpflichtet sich die Stadt Schortens, die Bereiche Tourismus und Lebensqualität stetig weiterzuentwickeln und diese immer wieder dem Wandel der Zeit anzupassen. Es macht uns als Stadt daher stolz, dass wir das Prädikat „Staatlich anerkannter Erholungsort“ für weitere 10 Jahre führen dürfen.

5.5. Einsatzstellenfunk für die Feuerwehr

Auf Grundlage der Beratungen im „Ausschuss für Soziales, Ordnung und Verkehr“ am 09.02.2022 wurde die Beschaffung des digitalen Einsatzstellenfunks für die Feuerwehr ein Jahr früher als geplant umgesetzt.

Mit dieser vorzeitigen Umsetzung ist eine Verständigung unserer Einsatzleitung nicht nur mit der Leitstelle, sondern auch unter den Einsatzkräften digital möglich, wodurch die Sicherheit im Einsatzfall erhöht wird.

Die benötigten HRT-Geräte wurden auf Grundlage des Gutachtens der Fa. antwortING über den Landkreis Friesland (Kreisfunkmeister) bereits beschafft und ausgeliefert. Die Kosten dafür beliefen sich auf rd. 70.000 Euro.

5.6. Fertigstellung Bahnhofsvorplatz im Rahmen der Städtebauförderung

Die Arbeiten für die Erneuerung des Bahnhofsvorplatzes mit Kosten in Höhe von ca. 56.450,00 € sind abgeschlossen. Von diesen Kosten werden 2/3 von Bund und Land im Rahmen der Städtebauförderung übernommen.

Der Platz lädt jetzt mit seinen neu geschaffenen Sitzgelegenheiten zum Verweilen ein und ist auch sehr ansehnlich.

5.7. Fahrradkonzept

Das Fahrradkonzept, welches vom Ingenieurbüro IST aus Schortens bearbeitet wird, steht kurz vor dem Abschluss. Um das Ganze abzurunden ist eine Radtour vorgesehen, die Ende Juli stattfinden wird. Anschließend sollen die Ergebnisse unter Berücksichtigung der relevanten Interessenvertreter*innen in den politischen Gremien beraten werden. Es sind für die dann folgende Umsetzung der Maßnahmen Fördergelder bis zu 90 % der Kosten möglich.

5.8. Sachstand Baumaßnahmen

Für das Baugebiet „Diekenkamp“ sind von den Investoren sowohl die Uferbefestigung des „Jordans“ als auch die erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen durchgeführt worden.

Die Nachfrage nach den Baugrundstücken ist gut; die Bebauung ist angelaufen.

Die Grunderneuerung von 8 Bushaltestellen in Heidmühle, Roffhausen und Schoost ist abgeschlossen, hier wird derzeit teilweise noch eine Bepflanzung vorgenommen.

Sofern keine Straßenbeleuchtung in der Nähe vorhanden ist, werden die Bushaltestellen auch mit Lampen ausgestattet und bekommen Fahrradständer.

Für die Erneuerung der vorhandenen Regenwasserkanalleitung im Nelkenweg und im Bereich Hamburger Straße/Kieler Straße ist die Ausschreibung erfolgt, so dass nach Auftragserteilung mit den Bauarbeiten begonnen werden kann.

Abgeschlossen sind die Baumaßnahmen am Parkplatz für die Sporthalle in Glarum, das ehemalige Rathaus in Sillenstede und die Kinderkrippe Jungfernbusch.

6. Einwohnerfragestunde

6.1. Herr Retsch erklärt, dass er das Ratsmitglied Dennis Gunkel in der letzten Ratssitzung in einer Art und Weise angegriffen habe, die nicht in Ordnung gewesen sei. Hierfür entschuldigt er sich bei RM Gunkel.

6.2. Auf Nachfrage von Herrn Retsch teilt BM Böhling mit, dass in den Kindertagesstätten grundsätzlich so viel Personal eingesetzt ist wie es das Kindertagesstättengesetz vorschreibt.

In den Kinderkrippen seien allerdings bereits seit vielen Jahren 3 Kräfte statt 2 eingesetzt. Hierzu verweist BM Böhling auf eine Gesetzesinitiative, wonach in den Krippen grundsätzlich drei Kräfte eingesetzt werden sollen.

6.3. BM Böhling teilt auf Nachfrage von Herrn Retsch mit, dass die Höhe der Kreisumlage auf Grundlage der finanziellen Daten (u. a. Höhe der Steuereinnahmen) einer Stadt oder Gemeinde festgelegt wird und nur in geringen Teilen von der Einwohnerzahl abhängig ist.

Derzeit liege der Hebesatz für alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Landkreis Friesland bei 51 Punkten. Es sei aber rechtlich zulässig, mit entsprechender Begründung eine gespaltene Kreisumlage festzulegen.

7. Förmliche Verpflichtung und Pflichtenbelehrung eines nachrückenden Ratsmitgliedes **SV-Nr. 21//0276**

BM Böhling begrüßt das neue Ratsmitglied **Christian Berner** und nimmt die gemäß § 43 Nds. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) vorgeschriebene Belehrung über die den Ratsmitgliedern obliegenden Pflichten vor.

8. Vorlage des "Ausschusses für Schule, Jugend und Sport"
vom 23.06.2022

8.1. Antrag der Fraktion "Freie Bürger" vom 19.06.2022 - auf Kündigung des KiTa-Vertrags mit dem Kreis zum 31.07.2023 **AN-Nr: 21/0038**

RM Bruns erklärt, dass für ihn als Angestellter des Landkreises Friesland das gesetzliche Mitwirkungsverbot gilt und er daher an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teilnehmen wird. Er setzt sich während der Dauer der Beratung dieses Tagesordnungspunktes in den Zuschauerraum.

StD Müller trägt den Beschlussvorschlag vor.

RV Masemann teilt mit, dass den Ratsmitgliedern ein Antrag des Stadelternrates auf Zurückstellung dieses Tagesordnungspunktes vorliegt.

RM Just begründet den Antrag der Fraktion „Freie Bürger“ und weist darauf hin, dass die Kündigung des Vertrages bis zum 31.07.2022 erfolgen muss und daher eine Vertagung dieses Punktes wegen der erforderlichen Fristwahrung nicht möglich ist.

Seine Fraktion spricht sich bereits seit zwei Jahren hauptsächlich aus finanziellen Gründen für eine Abgabe der Kindertagesstätten an den Landkreis aus. Für die Stadt Schortens würde sich dadurch dauerhaft ein finanzieller Vorteil von etwa 1 Mio. € jährlich ergeben. Dieses Geld benötige die Stadt dringend, so RM Just, zumal der Haushaltsüberschuss in diesem Jahr mit 300.000,00 € kalkuliert wurde, für die Umsetzung der geplanten Investitionen aber 1,2 Mio. € benötigt werden.

RM Just betont, dass eine solche Verbesserung des Haushalts sonst lediglich durch erhebliche Steuererhöhungen erreicht werden könnte, was jedoch die Bürger*innen entsprechend belasten würde. Auch sei davon auszugehen, dass der Kreis diese Aufgabe nicht schlechter wahrnehmen werde, da er über größere finanzielle und personelle Ressourcen verfüge. Hierzu verweist er auf eine Pressemitteilung des Landkreises, in der mitgeteilt wurde, dass alle Verträge fortgeführt und bestehende Standards aufrechterhalten sowie alle Gebäude übernommen werden. Der einzig geäußerte Vorbehalt, so RM Just, sei eine mögliche Erhöhung der Kreisumlage bei möglicher Entstehung von Mehrkosten gewesen. Er geht aber davon aus, dass es für solche Mehrkosten keine Grundlage gibt und diese daher nicht umlagefähig wären, da die Standards der Kinderbetreuung in allen Kommunen über den gesetzlichen Standards liegen.

RM Kasig erklärt, dass die Fraktion „Freie Bürger“ den Ansatz zur Kündigung des Vertrages bereits seit den ersten Verhandlungen verfolgt hat. Er sei aber sehr überrascht davon gewesen, dass die Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ und die CDU-Fraktion, die zur Findung des Verhandlungsergebnisses beigetragen haben, nunmehr ausgeschert seien und sich dem Antrag der Fraktion „Freie Bürger“ angeschlossen haben.

Er betont, dass sich die SPD-FDP-Gruppe klar gegen eine Kündigung des Vertrages ausspricht und gibt zu bedenken, dass die Auswirkungen auf die vertraglichen Beziehungen zu den Trägern nicht einzuschätzen seien, da sie abhängig seien von den Verhandlungen. Ebenso wie die Kosten für die laufenden Investitionen, z. B. für den Neubau des Kindergartens Jungfernbusch. In einem Telefonat habe der Landrat ihm versichert, mit der Minimaleinstellung in die Verhandlungen zu gehen. Daher sei davon auszugehen, dass der Landkreis maximal die Schulden tilgung übernehmen werde. Einen Ausgleich für die Errichtung eines Gebäudes werde es nicht geben.

RM Kasig glaubt schon, dass der Landkreis seine Aufgabe im Sinne des Gesetzes erfüllen wird, gibt aber zu bedenken, dass die Stadt Schortens über den Standard hinaus ca. 160.000,00 € jährlich investiert. Es sei unklar, ob auch der Landkreis bereit sein wird, vorhandene höhere Standards zu erhalten. Er bittet die neue Mehrheitsgruppe, ihm einen stichhaltigen Grund zu nennen, warum man die frühkindliche Bildung aus der Hand geben sollte.

Zur möglichen Erhöhung der Kreisumlage merkt er an, dass es im Landkreis Hildesheim eine zweigeteilte Kreisumlage gibt und der Unterschied zwischen Kommunen, die die Aufgaben der Kinderbetreuung wahrnehmen und denen, die das nicht tun, 8,65 Umlagepunkte beträgt.

Zu den bestehenden Arbeitsverträgen merkt er an, dass der Landkreis Friesland darüber entscheiden wird, ob er die Kinderbetreuung selber durchführen oder an „Freie Träger“ weitergeben wird. Unter Umständen hätte dies zur Folge, dass die bisherigen Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden nach den Bestimmungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst nicht weitergeführt werden. Auch sei fraglich, was mit der betrieblichen Altersversorgung geschehen werde.

RM Kasig weist darauf hin, dass Erzieherinnen und Erzieher auf dem Arbeitsmarkt fehlen und gibt zu bedenken, dass sich viele der Mitarbeitenden bei Zustimmung zur Kündigung noch vor Vertragsende wegbewerben und anderweitig orientieren werden. Im Namen der SPD-FDP-Gruppe beantragt er abschließend die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes.

RM Perdita Gunkel, unterstreicht, dass das Wohl der Kinder und die Qualität der Erziehung und Förderung an oberster Stelle stehen sollten und man darauf nur Einfluss nehmen könne, wenn diese Aufgabe bei der Stadt verbleiben würde.

In Zeiten des gravierenden Personalmangels werde riskiert, so RM Gunkel, dass bei Übernahme durch Dritte möglicherweise Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Job verlieren werden. Sie gibt zu bedenken, dass die Mitarbeitenden durch den allgegenwärtigen Personalmangel schon genug auf ihren Schultern zu tragen haben und auch die gesetzlichen Neuregelungen das Ganze zudem nicht leichter machen würden.

Wegen der Kündigung bestehe für die Eltern nun die Frage, ob die Qualität in der Erziehung und Betreuung beibehalten und ob die eigene Kita vielleicht geschlossen wird.

Im Namen der SPD-FDP-Gruppe appelliert sie daher dafür, der Kündigung des KiTa-Vertrages im Sinne der Kinder und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt nicht zuzustimmen.

RM Ottens erklärt, dass die Kinderbetreuung in den letzten Jahren immer komplexer und anspruchsvoller geworden ist und die Stadt Schortens auch künftig vor nicht unerheblichen Voraussetzungen stellen wird. Seine Fraktion ist der Auffassung, dass die Stadt Schortens diesen nur schwerlich gewachsen sein wird. Er betont, dass sich dies nicht auf das Personal in den Kindertagesstätten bezieht, das – oft unter schwierigsten Umständen - hervorragende Arbeit leistet. Seine Fraktion sieht vielmehr den Landkreis Friesland als nach dem Gesetz eigentlich Verantwortlichen hinsichtlich seines Overheadpersonals deutlich besser aufgestellt, das Personal in den Kindertagesstätten zu führen. Die letzten Ereignisse und Diskussionen um den Schimmelbefall in den Containern in Oestringfelde würden hier eine deutliche Sprache sprechen.

Zum Redebeitrag des RM Kasig merkt er an, dass der alte Vertrag keine Kündigungsmöglichkeit beinhaltet. Dem neuen Vertrag habe seine Fraktion vor vier Monaten zugestimmt, weil dieser einen Ausstieg vorsieht, zumal sie der Ansicht ist, dass das verankerte Äquivalenzmodell den Interessen der Stadt nicht gerecht wird.

Er betont, dass der Landkreis in seiner Presseinformation erklärt habe, dass er als Rechtsnachfolger auch die bestehenden Verträge mit den „Freien Trägern“ (Kirchenträger) vertragstreu erfüllen werde und es seitens der Kreisverwaltung – vorbehaltlich politischer Beratung und Entscheidungen - keine Überlegungen gebe, die städtischen Kindergärten an Dritte zu geben.

Weiter führt er aus, dass durch die Änderung des Gesetzes für Kindertagesstätten und Kindertagespflege einheitliche und verbindliche Qualitätsstandards für die Kindertagespflege geschaffen wurden. In diesem Zusammenhang habe der Präsident des Städte- und Gemeindebundes, kürzlich in der Mitgliederversammlung ausgeführt, dass die Kommunen die Betreuungszeit ihrer Einrichtungen aufgrund von fehlendem Geld und Personal einschränken mussten. Näher geht er auch auf die Aussage einer Gewerkschaftssekretärin ein, wonach viele Erzieherinnen und Erzieher schon bereits wenige Jahre nach der Ausbildung die Kindertagesstätten wieder verlassen, weil sie die Arbeit als zu belastend empfinden und ihrem pädagogischen Auftrag nicht nachkommen können. Der allgemeinen Diskussion könne man entnehmen, so RM Ottens, dass an diesem Vorgehen nichts verwerflich ist, sondern dies zur politischen Diskussion dazu gehöre.

Abschließend teilt er mit, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN davon überzeugt ist, dass die Kinderbetreuung bei allen sich abzeichnenden Problemen in Zukunft wesentlich besser beim Landkreis aufgehoben sein wird und sie den Antrag der Fraktion „Freie Bürger daher unterstützt.

RM Sudholz erklärt, dass das Kindergartenkonzept in Schortens absolut korrekt ist und die Mitarbeitenden eine super Arbeit leisten.

Anschließend geht sie näher auf die umfassenden Neuregelungen des Kindertagesstättengesetzes ein, die zwingend umzusetzen sind. Sie betont, dass eine Umsetzung unter den Rahmenbedingungen, die die Stadt Schortens ihren Mitarbeitenden zurzeit anbieten kann, aber nicht möglich sein wird. Auch in Gesprächen in ihrer Funktion als Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses habe sie erfahren, dass sich bereits viele Schulleitungen und Leiter*innen von Kindertagesstätten die Frage stellen, wie sie diese neuen Regelungen des Gesetzes – u. a. zur Inklusion, Dokumentation, Sprachförderung – mit welcher Personaldecke umsetzen sollen. Sie betont, dass der Stadt Schortens keine Mittel für zusätzliches Personal zur Umsetzung dieser Dinge zur Verfügung stehen, was wiederum bedeuten würde, dass die Qualität nicht da ankommen würde, wo sie hingehört, nämlich bei den Kindern.

Auch möchte RM Sudholz nicht, dass die Mitarbeitenden wegen eines Burnouts ihren Beruf aufgeben müssen. Es ist ihr eine Herzensangelegenheit, die Kindertagesstätten so aufstellen zu lassen, dass die Mitarbeitenden ihre Arbeit qualitativ gut umsetzen können und die Kinder und Eltern zufrieden sind.

Aufgrund der vorgenannten Ausführungen unterstützt die CDU-Fraktion den Antrag der Fraktion „Freie Bürger“.

RM Sudholz ermutigt die Mitarbeitenden, diese Veränderung nicht als absoluten Nachteil anzusehen und sie bittet darum, die Übergabe zum Anlass zu nehmen, die Neuerungen nachhaltiger und besser umsetzen zu können. Sie erklärt, dass die Kreistagsabgeordneten aus Schortens die Mitarbeitenden zukünftig begleiten und Unterstützungsangebote machen werden.

RM Buß gibt zu bedenken, dass die übrigen Städte und Gemeinden zum Wohle der Stadt sicherlich nicht mehr Geld zahlen wollen. Daher sei damit zu rechnen, dass der Landkreis die Stadt Schortens zur Kasse bitten wird oder die Leistungen nur noch nach dem Mindeststandard angeboten werden.

BM Böhling erklärt, dass sich in der Regel alle Kommunen dafür einsetzen, Aufgaben, die die Selbstverwaltung betreffen, zu behalten. Daher ist er sehr verwundert darüber und er bedauert es sehr, dass der Rat mit der Kinderbetreuung ein Kernstück der kommunalen Selbstverwaltung aufgeben möchte.

Er erinnert daran, dass in den Verhandlungen zum kürzlich abgeschlossenen Vertrag eine deutliche finanzielle Verbesserung für die Stadt Schortens in Höhe von 2 Mio. € jährlich erreicht werden konnte. Aufgrund von Gesprächen in den letzten Tagen befürchtet BM Böhling, dass seitens des Landkreises auch Überlegungen zur Übernahme der Grundschulen angestellt werden könnten, die auch Teil des Kinderbetreuungskonzeptes in Schortens sind. Dementsprechend hat sich der Landrat so geäußert.

BM Böhling bestätigt, dass die Aufgaben im Kindergarten- und auch im Schulbereich immer umfangreicher werden, jedoch nicht nur in der Stadt Schortens, sondern in allen anderen Städten und Gemeinden. Da die engagierten Mitarbeitenden in den Einrichtungen und in der Verwaltung ihre Arbeit in den letzten Jahrzehnten immer gut umgesetzt haben, geht er davon aus, dass auch die neuen Aufgaben entsprechend gut umgesetzt werden würden.

Von daher findet er es ungehörig, dass die Diskussion über den „Schimmelbefall in der Krippe Oestringfelde“ zum Anlass genommen wird, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, dass die Verwaltung ihre Aufgaben nicht richtig wahrnimmt.

Er merkt an, dass sich diese Entscheidung durchaus auf die Höhe der Kreisumlage auswirken könnte, weil davon auszugehen sei, dass Kreistagsmitglieder aus den anderen Kommunen eine finanzielle Besserstellung der Stadt Schortens nicht unterstützen werden.

RM Just erwidert, dass sich die finanzielle Verbesserung durch Abschluss des Vertrages auf lediglich 1 Mio. € beläuft, da im Gegenzug die Kreisumlage entsprechend erhöht worden sei. Der dem jetzigen Vertrag zugrunde gelegte Verteilungsschlüssel stelle für seine Fraktion einen weiteren Grund für die Kündigung des Vertrages dar, weil andere Kommunen einen Kostenanteil von 50 % ersetzt bekommen, die Stadt Schortens jedoch nicht, sondern 300.000,00 € weniger.

RM Just erinnert daran, dass die Stadt vor einigen Jahren auch die Aufgabe „Jugendwerkstatt“ an den Landkreis abgegeben hat, wodurch eine finanzielle Entlastung von 180.000,00 € jährlich erzielt werden konnte.

Er gibt zu bedenken, dass eine Abgabe der Grundschulen nur mit Zustimmung erfolgen könnte, da es sich hierbei um eine Aufgabe der Städte und Gemeinden handelt.

Frau Brumme, Personalrat, erklärt, dass die Presseberichterstattung in den vergangenen Tagen bei den betroffenen Beschäftigten (Erzieherinnen und Erziehern, Hausmeistern, Reinigungskräften) zu viel Unruhe und Sorgen geführt hat. Zwar könne man der Sitzungsvorlage entnehmen, dass für alle Beteiligten keine nennenswerten Nachteile entstehen werden, jedoch gebe es noch keine sicheren Auskünfte darüber, was die Kündigung nach sich ziehen werde.

Die Leitungen hätten große Sorge, dass viele gute Fachkräfte in den nächsten Monaten abwandern könnten und sie würden sich Gedanken darüber machen, wie die Aufgaben mit dem verbleibenden Personal noch umgesetzt werden können.

Die „Familienfreundlichkeit“, so Frau Brumme, sei ein Aushängeschild der Stadt. Von daher stelle sich für die Mitarbeitenden die Frage, was mit den Familien und den Kindern passieren wird, wenn das Personal kündigt und vermutlich kein neues akquiriert werden kann. Sie gibt zu bedenken, dass dies eine Änderung der Aufnahmerichtlinien und der Konzepte erforderlich machen könnte.

Abschließend teilt sie mit, dass sich alle Mitarbeiter*innen bewusst dazu entschieden haben, für die Stadt Schortens zu arbeiten, ihre Konzepte mit viel Hingabe erstellt haben und auch weiter mit ihrem Träger zusammenarbeiten wollen. Im Namen der Mitarbeitenden fordert sie die Ratsmitglieder auf, das Thema noch einmal zu vertagen, damit alle Betroffenen ausreichend informiert werden.

RM Burgenger erklärt, dass der vorherige Kindergartenvertrag keine Kündigungsklausel hatte, eigentlich nichtig war und vor keinem Gericht der Welt Bestand gehabt hätte. Das sei auch dem Landrat und allen Beteiligten klar gewesen. Deswegen sei es erforderlich gewesen, zunächst einmal einen Vertrag mit Kündigungsklausel auszuhandeln.

Wer glaube, die Stadt würde durch die Übertragung Geld einsparen, der würde sich der Tagträumerei hingeben. Selbstverständlich werde der Landkreis alle Aufgaben der Kinderbetreuung in die Kreisumlage einpreisen. Der Kreis müsse doch die Kommunen, die die Aufgabe übernehmen, eher besser aber mindestens genauso gut stellen wie die Kommunen, die sagen, dass sie diese Aufgabe nicht übernehmen. Es sei absurd zu glauben, die Stadt Schortens bekäme eine Bevorzugung.

Seit einem halben Jahr gebe es jetzt den Vertrag mit Kündigungsklausel. Selbst wenn man nur den Verteilungsschlüssel des Äquivalenzmodells zur Grundlage nehme und sagen würde, die will ich nicht, dann habe man nur die Möglichkeit, den Vertrag zu kündigen. Dies sei die einzige Möglichkeit, die man habe, dagegen vorzugehen. Aber, so RM Burgenger, der Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ gehe es nicht um das Finanzielle, sondern um die Qualität.

Die Aufgabe „Kinderbetreuung“ sei in den letzten 30 Jahren kontinuierlich und massiv angewachsen. Vor 30 Jahren sei sie ein kleiner Randbereich gewesen; da habe es in Schortens drei kirchliche Kindergärten und Spielkreise gegeben. Krippen habe es überhaupt nicht gegeben. Mittlerweile sei dieser Arbeitsbereich im Landkreis Friesland ungeheuer gewachsen; kreisweit dürften es ca. 1.000 Mitarbeitende in dem Bereich sein. Und auch die Ansprüche hätten sich verändert. Mittlerweile sei die Rede von Bildungskonzepten. Davon habe vor 30 Jahren noch kein Mensch geredet.

Man müsse sich aber die Frage stellen, woran die Bürger*innen und Betroffenen interessiert seien. RM Burgenger ist der Ansicht, dass es den Betroffenen und Eltern egal ist, wer diese Aufgabe erfüllt. Die seien vielmehr daran interessiert, dass diese Aufgabe gut erfüllt wird und die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden stimmen.

Und da müsse man sich fragen, wie diese Aufgabe bei der Stadt aufgestellt sei. Die dienstlichen Vorgesetzten der Erzieher*innen der Kindertagesstätten und Krippen seien der Bürgermeister und seine Verwaltungsmitarbeiter*innen. Einen pädagogischen Overhead gebe es bei der Stadt nicht. Die Struktur allerdings, die würde die Stadt hier vorgeben. Der Landkreis habe zwar eine Fachaufsicht, aber die formelle Struktur sei die Stadtverwaltung. Insofern wäre eine Übertragung an den Landkreis eine Vereinfachung der Struktur, weil die Fachaufsicht und die fachliche Beratung gleich mit im Hause wären.

RM Burgenger behauptet, dass der Landkreis es besser kann. Wie die Stadt es aktuell mache, so RM Burgenger, das habe man gerade in der Krippe Oestringfelde angesichts des Verdachts auf Schimmel erlebt. Die Sorgen und Befürchtungen der Eltern seien wochenlang überhaupt nicht ernst genommen worden. Sie seien gegen eine Gummivand aus Ignoranz gelaufen. In ihrer Verzweiflung hätten sie schließlich Strafanzeige gestellt. Mehr als zwei Monate habe der Bürgermeister gebraucht, um auf die Idee zu kommen, dass man sich ja vielleicht fachlichen Rat beim Gesundheitsamt holen könnte. Das, so RM Burgenger, sei doch keine fachlich gute Arbeit. Beim Landkreis hätte da ein hausinternes Telefonat gereicht.

Und der Landkreis insgesamt, auch in der Rolle als Fachaufsicht, sei überhaupt nicht informiert worden. Irgendwann seien die Kinder einfach in die Turnhalle gesteckt worden. Da habe erst das Landesjugendamt ein „P“ vorsetzen müssen. Das, so RM Burgenger, könne der Landkreis besser. Er sieht hier ein ziemliches Versagen der Stadt.

Er spricht BM Böhling direkt an und erklärt, dass er hier kein Versagen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sieht, sondern sein Versagen. Und wenn er sich jetzt pressewirksam vor seine Mitarbeitenden zu stellen versuche, so RM Burgenger, sei das billige Effekthascherei. Niemand greife die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. BM Böhling sei derjenige, der diese eben aufgeführte Liste zu verantworten habe. Sein Krisenmanagement habe das Vertrauen der Eltern zerstört.

Abschließend teilt RM Burgenger mit, dass er eine Chance auf eine fachlich bessere Kinderbetreuung sieht, wenn der Landkreis diese Aufgabe übernimmt. Der Landrat habe bereits erklärt, dass er dann die Rechtsnachfolge übernehmen und damit auch in die bestehenden Arbeitsverträge eintreten werde. Das Veränderungen immer auch Verunsicherung mit sich bringen, könne er gut nachvollziehen. Er richtet sich direkt an die Mitarbeiter*innen und versichert ihnen, dass er sich in seiner Funktion als Kreistagsmitglied für ihre Arbeitsbedingungen einsetzen wird.

StD Müller erwidert in ihrer Funktion als Fachbereichsleiterin Personal, dass RM Burgenger glücklicherweise das Personal der Kindertagesstätten ausgenommen habe, denn das hätte sie auch verteidigt, weil die Stadt super Personal habe.

Ergänzend führt sie aus, dass alle Kommunen Personalengpässe haben und nicht nur die Stadt Schortens. Jedoch sei es weit hergeholt zu sagen, dass die Stadt ein schlechter Träger sei, weil sie Personalengpässe habe. Es sei richtig, dass sich die Arbeit in den Kindertagesstätten seit Jahren immer weiter fortentwickelt. Und die Stadt sei diesen Anforderungen in den letzten Jahren mit ihrem sehr guten Personal auch immer gerecht geworden.

Für sie als Leiterin des Fachbereiches Personal sei es fast unerträglich, wie in dieser Sitzung über den Träger geredet werde. Es sei richtig, dass die Stadt ein Schimmelproblem habe und die Bearbeitung nicht optimal gelaufen sei. Zu dieser Sache werde sie sich aber erst nach Abschluss der Untersuchung äußern. Aber es jetzt so zu verquicken, dass in der Verwaltung unfähiges Personal sitzt, das nicht weiß, wovon es redet, sei unverschämt.

Sie spricht RM Burgenger direkt an und erklärt, dass diese Ignoranz und das persönliche Scharmützel, das er gerade mit dem Bürgermeister aufgemacht habe, trotzdem auf die Kosten aller Mitarbeitenden gehe.

Abschließend weist sie darauf hin, dass sie auch im Rathaus engagierte Mitarbeiter*innen hat, die jetzt mit in diesen Sog hineingezogen werden, was sie unmöglich findet. Ihrer Ansicht nach sollte er sich seiner Rolle als Ratsmitglied und damit Dienstvorgesetzter verantwortlich sein. Sie gibt zu bedenken, welcher Arbeitgeber sein ganzes Team, ob Backoffice oder Frontoffice, in einer öffentlichen Sitzung so schlecht macht. Das habe schon Qualität.

BM Böhling erklärt an RM Burgenger gerichtet, dass er diese Arroganz von ihm kenne, das sei schon immer so bei ihm gewesen. Sonst habe er ihn immer gedeckt und jetzt bekomme er den Dank dafür. Aber das sei ein anderes Thema.

Er räumt ein, dass Fehler passiert sind und er auch dazu steht. Vor kurzem habe es auch einen Pressebericht gegeben, in dem er seine Meinung mitgeteilt habe. Er wolle das überhaupt nicht kleinreden. Allerdings wüsste er nicht, dass alle anderen fehlerlos seien.

BM Böhling richtet das Wort noch einmal an RM Burgenger und erklärt, dass er als sein langjähriger Chef schon beurteilen könne, dass auch bei ihm mal was schiefgelaufen sei. Doch dann sei es so gewesen, dass er sich schützend vor ihm gestellt habe.

Er merkt an, dass wenn einzelne Ratsmitglieder die Verwaltung diskreditieren wollen, dann solle man sich an ihm abarbeiten, aber nicht an seinen Mitarbeitenden, die einen guten Job machen.

RM Burgenger erklärt, dass er dies auch getan habe.

Abschließend teilt BM Böhling, dass die Kindertagesstätten seiner Ansicht nach wesentlich besser bei der Stadt Schortens als beim Landkreis aufgehoben sind.

RM Kasig beantragt eine namentliche Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt.

Es folgen Redebeiträge der Ratsmitglieder Homfeldt und Lütjens,

Anschließend folgen Redebeiträge und Fragen von Eltern und Mitarbeitenden, die als Gäste an der Sitzung teilnehmen.

Dem Antrag des RM Kasig auf namentliche Abstimmung wird mit 18 Ja-Stimmen zugestimmt, so dass die erforderliche 1/3 Mehrheit erreicht ist.

- Namentliche Abstimmung über den weitergehenden Antrag der SPD-FDP-Gruppe:

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

Der Antrag wird bei 12 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

- Namentliche Abstimmung über den Beschlussvorschlag:

Dem Antrag der Freien Bürger auf Kündigung des Kita-Vertrages mit dem Landkreis Friesland zum 31.07.2023 wird zugestimmt.

Dem Beschlussvorschlag wird bei 21 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen zugestimmt.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Auf Antrag von RM Homfeldt folgt eine Sitzungspause mit einer Dauer von 5 Minuten.

8.2. Änderung der Krippenentgelte **SV-Nr. 21//0245**

Einstimmig wird nachfolgender Beschluss gefasst:

Die Krippenentgelte werden dahingehend geändert, dass sich die Höhe des Entgeltes nach dem Umfang der Betreuungszeit richtet, unabhängig davon, ob es sich um Kern- oder Randzeiten handelt. Die Anpassung der Entgelte erfolgt zum Kita-Jahr 2022/2023.

9. Vorlagen des "Ausschusses für Soziales, Ordnung und Verkehr" und des "Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft" vom 28.04.2022
- 9.1. Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2022 - Bürgerprojekte **AN-Nr: 16/0152/1**
- 9.1.1. Richtlinie über die Förderung von Bürgerprojekten im Gebiet der Stadt Schortens **AN-Nr: 16/0152/1/1**

RM Bruns erklärt, dass die Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements und die Stärkung der Eigeninitiativen der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schortens im Vordergrund des Antrages der CDU-Fraktion stehen.

Viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt und Initiativen hätten viele Ideen, mit denen das Zusammenleben in der Stadt verbessert werden könne. Gefördert werden sollen daher Projekte, die von den Bürgerinnen vorgeschlagen und von ihnen auch selbst umgesetzt werden. Hier soll ein jährliches Budget in Höhe von 25.000,00 € im Haushalt der Stadt bereitgestellt werden.

Aus den Anträgen seiner Fraktion und aus der Diskussion in den Ausschusssitzungen habe die Verwaltung dankenswerter Weise eine Richtlinie erarbeitet, die den Zugang zu den Fördermitteln möglichst leicht darstellen und auch ohne große aufwändige Förderkriterien zugänglich machen sollen. Das sei auch Hauptanliegen seiner Fraktion, damit die Ideen möglichst einfach in die Umsetzung gebracht werden können. Er bittet um Zustimmung zu diesem Antrag.

RM Conrad teilt mit, dass er sich bei der Abstimmung enthalten wird. Die Idee an sich findet er gut. Allerdings habe sich in der Diskussion gezeigt, dass man sehr viele Regeln aufstellen könnte. Zwar sei es gelungen, diese zu begrenzen, dennoch halte er den Aufwand für zu hoch und in der Praxis nicht umsetzbar.

Bei 3 Enthaltungen wird nachfolgender Beschluss gefasst:

Die der Sitzungsvorlage anliegende Richtlinie wird beschlossen.

Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 25.000,00 € werden ab dem Haushaltsjahr 2023 zur Verfügung gestellt..

10. Vorlage des "Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft" vom 28.04.2022
- 10.1. Beteiligung an der TCN Marketing GmbH **SV-Nr. 21//0180**

Einstimmig ergeht nachfolgender Beschluss:

- 1. Die bisher zuständige TCN Technologie Centrum Nordwest Marketing – Gesellschaft mit beschränkter Haftung wird unter der Voraussetzung der Zustimmung von mindestens $\frac{3}{4}$ der abgegebenen Stimmanteile gemäß § 17, 2, d in Verbindung mit § 17, 8 der aktuellen Satzung zum nächstmöglichen Zeitpunkt aufgelöst.**

2. Der Geschäftsführer, Herr Frank Schnieder, wird zum Liquidator bestellt.
3. Der für die Stadt Schortens und den Landkreis Friesland bedeutende Gewerbestandort des Technologie Centrums Nordwest soll zukünftig direkt über die Wirtschaftsförderungen von Stadt und Landkreis betreut werden.

11. Vorlagen des "Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt" vom 25.05.2022

- 11.1. Sanierungsgebiet „Menkestraße“ – Verfahrenswechsel, hier: Vorlage zur Aufhebung Sanierungssatzung, Beschluss eines Maßnahmegebietes nach § 171 b BauGB **SV-Nr. 21//0012/1**

Einstimmig wird nachfolgender Beschluss gefasst:

Der Rat der Stadt Schortens beschließt die als Anlage 1 zur Vorlage beigefügte Satzung der Stadt Schortens über die Aufhebung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes „Schortens-Menkestraße“.

Der Rat der Stadt Schortens beschließt das in der Anlage 3 dargestellte Gebiet als Stadtumbaugebiet gem. § 171 b Abs. 1 BauGB.

- 11.2. Erlass der Veränderungssperre 001/2022 für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. S4 „Accum/Geestweg“, 1. Änderung **SV-Nr. 21//0225**

RM Buß, seinerzeit Vorsitzender des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt, teilt mit, dass mit der Veränderungssperre die Errichtung von großen Gebäuden (Wohnklötzen) verhindert werden soll. Dies gilt auch für den nachfolgenden Tagesordnungspunkt.

Einstimmig ergeht nachfolgender Beschluss:

Zur Sicherung des Bebauungsplanes Nr. S4 „Accum/Geestweg“, 1. Änderung wird der Erlass der Veränderungssperre Nr. 001/2022 als Satzung gem. §§ 14 und 16 Baugesetzbuch (BauGB) gemäß dem in der Sitzungsvorlage beigefügtem Text beschlossen.

- 11.3. Erlass der Veränderungssperre 002/2022 für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 3 „Steensweg/Nord“, 2. Änderung **SV-Nr. 21//0224**

Einstimmig ergeht nachfolgender Beschluss:

Zur Sicherung des Bebauungsplanes Nr. 3 „Steensweg/Nord“, 2. Änderung wird der Erlass der Veränderungssperre Nr. 002/2022 als Satzung gem. §§ 14 und 16 Baugesetzbuch (BauGB) gemäß dem in der Sitzungsvorlage beigefügtem Text beschlossen.

12. Vorlagen des "Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt"
vom 29.06.2022

12.1. Windpotenzialstudie der Stadt Schortens **SV-Nr. 21//0221/1**

12.1.1. Antrag der Fraktion "Freie Bürger" vom 06.07.2022 auf Überarbeitung
der Potenzialstudie **AN-Nr: 21/0045**

RM Just erklärt, dass seine Fraktion die Überarbeitung der Potenzialstudie beantragt, weil die angegebenen Zielvorgaben nachweislich falsch sind und suggeriert wird, dass die Stadt Schortens bis 2030 1,4 % der Stadtfläche für Windkraft zur Verfügung stellen soll.

Ausführlich erläutert er die Vorgaben des Bundes aus dem neuen „Wind-an-Land-Gesetz“ zur Ausweisung von Flächen für Windkraft. RM Just teilt mit, dass die Möglichkeiten in Stadt und Land sehr unterschiedlich sind und daher nicht jede Kommune den gleichen Anteil ihrer Gesamtfläche zur Verfügung stellen kann. Die Vorgaben des Bundes sind daher durch das Land entsprechend dem Flächenpotenzial der Kommunen runterzubrechen auf einen bestimmten Prozentsatz der Potenzialfläche. RM Just erklärt, dass die Stadt Schortens demnach nicht 1,4 %, sondern 0,93 % ihrer Gesamtfläche ausweisen müsste.

Diese Differenz sei nicht unerheblich, so RM Just, weil in der Potenzialstudie mit diesen falschen Zahlen die Ausweisung des zusätzlichen Windparks „Hohewarf“ begründet werde. Weiter führt er aus, dass zur Erreichung der direkt formulierten Ziele die Windparks in „Ostiem“ und „Klein Ostiem“ ausreichen würden.

Er unterstreicht, dass es sich hierbei um eine Planungsempfehlung handelt, die später eventuell in einen Flächennutzungsplan übernommen wird und gibt zu bedenken, dass es sich dann um einen Abwägungsfehler handeln könnte, weil den Belangen der Wohnbevölkerung um den Windpark Hohewarf herum – nämlich von Accum, Grafschaft und Sillenstede – nicht das relative Gewicht beigemessen wurde.

RM Just betont, dass es einen Unterschied darstellt, ob die Flächen zur Erreichung der Landesziele benötigt werden oder ob man über die Ziele hinausgehen möchte und die Belange „Wohnwert“ und „Landschaftsbild“ untergewichtet werden.

Sofern dem Antrag nicht gefolgt werden sollte, stellt er den nachfolgenden Antrag:

Die Fläche „Hohewarf“ ist aus der Potenzialstudie herauszunehmen.

RM Thiesing teilt mit, dass im Fachausschuss eine juristische Beratung unter Beteiligung eines Planungsbüros erfolgt ist und alle Kriterien nachvollziehbar dargestellt wurden. Er betont, dass mit der Potenzialstudie zunächst nur das zur Verfügung stehende „Potenzial“ ermittelt wird und bis zur Umsetzung einer konkreten Planung viele weitere Schritte erfolgen müssen.

Nach Ansicht von RM Thiesing ist es aufgrund der derzeitigen Energiewende die Pflicht des Rates - unter Berücksichtigung der Belange der Bürger*innen -, alle Möglichkeiten zur Ausweisung von Windkraftflächen zu berücksichtigen. Den Zusatzantrag der Fraktion „Freie Bürger“ lehnt er daher ab.

RM Grimpe spricht sich dafür aus, so viel Windparkflächen wie möglich auszuweisen.

RM Conrad erklärt, dass viele Menschen sich sowohl durch den Anblick als auch durch Geräusche der Windkraftanlagen gestört fühlen. Daher hält er es für wichtig, auch die Belange dieser Bürger*innen zu berücksichtigen. Er spricht sich dafür aus, nicht alle möglichen Flächen auszuweisen und zunächst die weitere Entwicklung und andere Möglichkeiten abzuwarten.

Auch **RM Homfeldt** hält es aufgrund der Energiewende für erforderlich, alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Der Hinweis von RM Conrad auf die Bürger*innen sei sehr wichtig und daher habe seine Fraktion auch parallel beantragt, die Angelegenheit genossenschaftlich zu regeln, so dass Bürger*innen mit kleinem und großem Geld sich daran beteiligen können. Er stellt heraus, dass es sich bei der Sicherstellung der Energieversorgung um eine Zukunftsaufgabe für die Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger handelt und der Sinn vielleicht auch leichter erkannt wird, wenn alle etwas davon haben.

RM Just hält es für unangemessen hier in Schortens alles der Windkraft zu opfern. Er weist darauf hin, dass die Stadt mit den zwei Windparks in „Ostiem“ und „Klein Ostiem“ bedeutend mehr Leistung erzeugt als für das Jahr 2032 gefordert ist.

RM Thiesing erwidert, dass die Potenzialstudie nicht die Leistung beinhaltet, sondern die Flächen und stellt heraus, dass eine Abwägung zwischen den zu erfüllenden Belangen und der gesellschaftlichen Verpflichtung den Bürger*innen gegenüber unter Berücksichtigung der bestehenden Energieknappheit erfolgt ist. Er betont, dass es aufgrund der derzeitigen Situation notwendig ist, die Möglichkeiten zur Energieerzeugung im vertretbaren Maße zur Verfügung zu stellen und es sich hierbei nicht um eine Übererfüllung handelt.

RM Buß unterstützt die Ausführungen des RM Thiesing. Sicherlich werde den Bürger*innen sehr viel zugemutet, allerdings müsse man auch der Verdoppelung bzw. Verdreifachung der Energiepreise entgegenwirken.

RV Masemann lässt zunächst über die weitergehenden Anträge der Fraktion „Freie Bürger“ abstimmen.

- **Antrag der Fraktion "Freie Bürger" vom 06.07.2022 auf Überarbeitung der Potenzialstudie**

Der Antrag wird bei 4 Ja-Stimmen und 30 Nein-Stimmen abgelehnt.

- **Antrag der Fraktion „Freie Bürger“ - Die „Windparkfläche Hohewarf“ ist aus der Potenzialstudie herauszunehmen.**

Der Antrag wird bei 4 Ja-Stimmen und 30 Nein-Stimmen abgelehnt.

Danach erfolgt die Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

- **Beschlussvorschlag:**
Die aktuelle Fassung der Windpotenzialstudie wird wie am 25.05.2022 im Fachausschuss vorgestellt, unter Berücksichtigung des Beratungsergebnisses mit folgender Ergänzung anerkannt:

Die Potenzialflächen II und IVa (Hohewarf und Klein Ostiem) werden mit einem Abstand von 500 Metern zum Außenbereich und 700 Metern zum Innenbereich anerkannt.

Der Beschlussvorschlag wird bei 30 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen.

- 12.2. Straßenbenennungen im Bebauungsplangebiet Nr. 150 "Huntsteerter Weg" **SV-Nr. 21//0252**

Bei 30 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen wird nachfolgender Beschluss gefasst:

Die im beigefügten Lageplan zur Sitzungsvorlage dargestellten Planstraßen im Bebauungsplangebiet Nr. 150 „Huntsteerter Weg“ werden folgendermaßen benannt:

**Planstraße A in „Mönchenkamp“
Planstraße B in „Zum Eichenwall“
Planstraße C in „Huntsteerter Loge“**

13. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 28.06.2022

- 13.1. Gemeinsamer Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU-Fraktion vom 21.06.2022 - HFC Klosterpark **AN-Nr: 21/0040**

- 13.1.1. Sportplatz Klosterpark **SV-Nr. 21//0170**

RM Ottens teilt mit, dass der Rat in seiner Sitzung am 05.05.2022 lediglich über den ersten Teil des Beschlussvorschlages - Sanierung des Umkleidegebäudes auf der Sportanlage Klosterpark - entschieden hat.

Im Namen der Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ und der CDU-Fraktion beantragt er nunmehr die Abstimmung über den nachfolgend aufgeführten zweiten Teil des Beschlussvorschlages:

Außerdem werden die Flächen der Sportanlage Schooster Straße durch die Stadt vom HFC e.V. erworben und die Vorbereitung zur Entwicklung eines Baugebietes getroffen. Im Gegenzug erwirbt der HFC e.V. von der Stadt Schortens zum Buchwert das Jugendgruppenheim sowie die anteilige Fläche des durch den Verein bebauten Grundstücksteils (Vereinsheim „Bärenstübchen“).

RM Kasig erklärt, dass den Ratsmitgliedern das angeforderte Bodengutachten bisher nicht vorliegt und sich an dem Sachstand nichts geändert hat. Er findet es nicht gut, die Maßnahme jetzt komplett mit einem Kredit zu finanzieren.

RM Homfeldt teilt mit, dass der Vorschlag der Verwaltung aus betriebswirtschaftlicher Sicht nicht plausibel ist, da der Baumarkt zurzeit einbricht und das Bodengutachten nach wie vor nicht vorliegt. Wichtig sei es aber, dem HFC jetzt zu helfen.

RM Just weist darauf hin, dass durch den Ankauf der Flächen in Schoost und eine Selbstvermarktung der Grundstücke als Bauland für die Stadt ein finanzieller Vorteil von 800.000,00 € erzielt werden könnte. Dieses Geld könne die Stadt gut zur Ertüchtigung der Sportanlage im Klosterpark gebrauchen. Nach der vorliegenden Kalkulation würden zudem noch 100.000,00 € übrig bleiben, die zur Haushaltsverbesserung verwendet werden könnten. Er bedauert, dass dieses Projekt kaputt gemacht werden soll und dadurch der HFC seine Planung nicht umsetzen und die Ausweisung eines Baugebietes für die Bürger*innen nicht realisiert werden kann.

RM Ottens erklärt, dass die Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ den Beschlussvorschlag bereits in den zuvor erfolgten Beratungen abgelehnt hat, weil sie sich gegen eine Veräußerung von Flächen im Klosterpark ausspricht. Es sei auch keine Frage, dass die Stadt die Kosten für die Sanierung des Sanitärgebäudes übernimmt, weil es sich um eine stadteigene Anlage handelt.

Zur möglichen Ausweisung eines Baugebietes in Schoost führt RM Ottens aus, dass die Fläche derzeit als Sonderfläche (Sportplatzfläche) ausgewiesen ist und bisher keine abschließende Stadtplanung für die Entwicklung der Stadt Schortens vorliegt. Außerdem habe der HFC nach ihm vorliegenden Informationen den Bedarf an einem weiteren Sportplatz, um den Trainingsbetrieb aufrechterhalten zu können.

Aufgrund der vorgenannten Ausführungen lehnt seine Fraktion den Beschlussvorschlag ab.

RM Reents erklärt, dass kein Finanzierungsvorschlag für die Sanierung des Sanitärgebäudes mit einem Kostenrahmen von ca. 1 Mio. vorliegt. Daher hätte er sich eine Verschiebung des Tagesordnungspunktes bis zur Vorlage des Bodengutachtens gewünscht.

RM Lütjens stand diesem Projekt von Beginn an sehr skeptisch gegenüber und hat daher einige Fragen an die Verwaltung gerichtet, deren Antworten ihn aber nicht überzeugt haben. Die Meinung von RM Just, dass die Stadt durch Zustimmung einen finanziellen Vorteil erzielen könnte, teilt er nicht. Er geht eher davon aus, dass die Stadt finanziell schlecht abschneiden würde. Sehr verwundert ist er auch über den Pressebericht, wonach die Beprobungen durch einen Vertreter des Vereins gestoppt wurden. Die Ausführungen des RM Ottens hinsichtlich des Bedarfs des HFC am Sportplatz Schooster Straße kann er unterstützen, da ihm gleichlautende Informationen vorliegen. RM Lütjens spricht sich daher gegen den Beschlussvorschlag aus.

Zum Redebeitrag des RM Just merkt **RM Thiesing** an, dass sich für den HFC keine Nachteile ergeben, da die Sanierung des Sanitärgebäudes erfolgen wird, der HFC obendrein die Sportanlage Schoost behält und der Erbpachtvertrag bestehen bleibt.

BM Böhling teilt mit, dass der HFC einen Vorteil durch den Kaufpreis-erlös für die Fläche in Schoost erzielt hätte, der Verwendung finden sollte für das Gesundheitssportprojekt im Klosterpark.

Weiter führt er aus, dass die Mitgliederversammlung dem Vorschlag des Vorstandes in einer Mitgliederversammlung des HFC zugestimmt hat und die Verwaltung daher nicht anzweifeln kann, dass dem Verein ausreichend Flächen zur Verfügung stehen.

Nach kurzer weiterer Beratung erfolgt die Abstimmung über den Beschlussvorschlag:

Außerdem werden die Flächen der Sportanlage Schooster Straße durch die Stadt vom HFC e.V. erworben und die Vorbereitung zur Entwicklung eines Baugebietes getroffen. Im Gegenzug erwirbt der HFC e.V. von der Stadt Schortens zum Buchwert das Jugendgruppenheim sowie die anteilige Fläche des durch den Verein bebauten Grundstücksteils (Vereinsheim „Bärenstübchen“).

Der Beschlussvorschlag wird bei 15 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen abgelehnt.

14. Wahl einer Vertretung für die Gesellschafterversammlung der TCN-Marketing GmbH **SV-Nr. 21//0277**

RV Masemann bittet um Vorschläge.

RM Homfeldt schlägt im Namen der CDU- Fraktion als Vertreter das Ratsmitglied Maximilian Striegl und als Stellvertreter das Ratsmitglied Carsten Thomsen vor.

RM Kasig schlägt im Namen der SPD-FDP-Gruppe als Vertreter das Ratsmitglied Hans Müller und als Stellvertreter das Ratsmitglied Pascal Reents vor.

Die Wahl erfolgt in einem Wahlgang durch Handzeichen.

Für den Vorschlag der CDU-Fraktion werden 17 Stimmen abgegeben,
für den Vorschlag der Vorschlag der SPD-FDP-Gruppe 14 Stimmen.

**Folgendes Ratsmitglied wird nach einem Wahlverfahren gem. § 67
NKomVG in die Gesellschafterversammlung der TCN-Marketing
GmbH entsandt:**

**Maximilian Striegl,
Stellvertretung: Carsten Thomsen**